

Von der Krise in den Krieg?

Vierzehn Jahre nach Kriegsende wächst in Bosnien und Herzegowina die Gewaltbereitschaft

EDITORIAL

Von 1996 bis 2007 sind rund 14 Milliarden Dollar an internationaler Hilfe nach Bosnien und Herzegowina geflossen: Friedenstruppen, Verwaltungs- und Aufbauhilfen, dazu ein ständig anwesender Hoher Repräsentant mit weitreichenden Befugnissen verschlangen Unsummen - und tun es noch heute.

Eine Zeitlang sah es auch so aus, als ob der neue Staat mit seinen zwei Teilrepubliken durchaus zur Einheit werden könnte. Die Parlamentarische Versammlung nahm ihre Arbeit auf, Gesetze wurden verabschiedet, das Tagesgeschäft schien zur Normalität überzugehen.

Doch seit 2006 hat sich die Lage spürbar verschlechtert. Der Staat wird wieder einmal in Frage gestellt, Politiker profilieren sich durch Provokationen, Medien polarisieren und auch die Kirchen versäumen es nicht, alles Trennende zwischen den Ethnien deutlich hervorzuheben. Ist der junge Staat zum Scheitern verurteilt?

Thorsten Gromes begleitet die Nachkriegsgesellschaft in Bosnien und Herzegowina seit Jahren. Nach vielen Forschungsaufenthalten, Gesprächen mit Politikern und der Zivilbevölkerung ist er sehr vertraut mit Land und Leuten. Doch mittlerweile blickt er zunehmend frustriert auf den jungen Staat. Für einen Außenstehenden ist es schwer zu verstehen, wie demokratische Fortschritte leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Einen neuen Krieg hält er zwar für unrealistisch, aber Zustände wie in den 70er Jahren in Nordirland sind durchaus denkbar. Ein erschreckendes Szenario, das um jeden Preis verhindert werden sollte.

Karin Hammer



Die Zerstörungen aus dem Bürgerkrieg sind in Bosnien und Herzegowina längst verschwunden. Weitaus schlimmer als kaputte Häuser sind jedoch die Verletzungen und Ängste aus Kriegszeiten, die von Politikern und Kirchen zu Profilerungszwecken missbraucht werden. Unsichtbare Grenzen zwischen ethnisch weitgehend homogenen Städten und Dörfern verhindern, dass Vorurteile und Feindbilder abgebaut werden. Hier zu sehen eine serbisch-orthodoxe Kirche in Banja Luka. Foto: Damir Hajrić

Thorsten Gromes

Schaffen es Nachrichten aus Bosnien und Herzegowina in unsere Medien, so sind es zumeist schlechte Neuigkeiten. Im Oktober 2009 schrieben deutschen Zeitungen, in Bosnien und Herzegowina verbreite sich die Furcht vor einem neuen Krieg. Valentin Inzko, der als Hoher Repräsentant die Umsetzung des Friedensabkommens für Bosnien und Herzegowina beaufsichtigt, warnte prompt vor Spekulationen über einen neuen Krieg, da viele Kriege mit Worten begannen.¹ Schon im September 2009 hatte die einflussreiche Zeitschrift *Foreign Affairs* einen Aufsatz veröffentlicht, der die Gefahr des gewaltsamen Auseinanderbrechens beschwor.² Dessen Verfasser konnten nicht wissen, dass sich noch im gleichen Monat die Lage weiter zuspitzen sollte. Milorad Dodik,

der wichtigste serbische Politiker in Bosnien und Herzegowina, sah Parallelen zum Zerfall Jugoslawiens.³

Der dreieinhalb Jahre dauernde Krieg in Bosnien und Herzegowina hatte rund 100 000 Menschen das Leben gekostet und die Hälfte der gut viereinhalb Millionen Bürger zu Flüchtlingen oder Vertriebenen gemacht. Hunderttausende Kämpfer standen sich in an vielen Fronten gegenüber; Sarajevo und andere Städte wurden belagert.

Der Krieg hatte sich an der Frage der Sektion entzündet. Die große Mehrheit unter den Muslimen oder Bosniaken (damals 44% der Bevölkerung) und Kroaten (17%) wollte die Sozialistische Republik Bosnien und Herzegowina von Jugoslawien abspalten. Die Serben (31% aller Bürger) lehnten dies mehrheitlich ab. Nachdem die Bosniaken und Kroaten den Teilstaat unter dem Namen Republik Bosnien und Herzegowina



Die Altstadt von Mostar, ganz in der Nähe der Brücke von Mostar, Stari most, seit Jahrhunderten Symbol der Verständigung zwischen Ost und West, Christentum und Islam, den katholischen Kroaten und den orthodoxen Serben. Nach dem Wiederaufbau 2004 wurde sie in die Liste der Weltkulturerbe aufgenommen. Foto: Gromes/HSFK

na losgelöst hatten, verschob sich der Konfliktgegenstand. Im Krieg ging es vor allem darum, ob der neue Staat in seinen international anerkannten Grenzen erhalten bleibt. Die meisten Bosniaken kämpften für den Erhalt der Republik Bosnien und Herzegowina, redeten einem multi-ethnischen Staat das Wort, der ihnen als zahlenmäßig größter Gruppe eine dominante Position einräumen würde. Die meisten Serben unterstützten das Vorhaben, von serbischen Truppen gehaltene Gebiete mit Serbien und den damals serbisch kontrollierten Gebieten in Kroatien zu vereinen. Die Kroaten traten mal für eine ungeteilte Republik Bosnien und Herzegowina ein, mal betrieben auch sie die Teilung des Landes. Kroatien und Rest-Jugoslawien agierten als Parteien im Krieg um Bosnien und Herzegowina und unterstützten massiv die dortigen Kroaten bzw. Serben.

Die internationale Politik zauderte zunächst, fand lange keine gemeinsame Linie und musste die Instrumente zur Bewältigung solcher Ereignisse erst noch entwickeln. Das am 14. Dezember 1995 unterzeichnete Friedensabkommen von Dayton kam unter großer Mitwirkung der USA und der europäischen Großmächte zustande, die aber nicht nur Gewalt und diplomatischen Druck einsetzten, sondern den Konfliktparteien

Wiederaufbauhilfe versprochen und weitere Anreize gaben. Da keine Seite die anderen besiegen konnte, ging der Krieg mit einem Kompromiss zu Ende. Der Staat blieb zwar unter dem neuen Namen Bosnien und Herzegowina in den international anerkannten Grenzen bestehen, bekam aber einen extremen Föderalismus verordnet. Die Institutionen der Bundesebene verantworten nur sehr wenige Politikfelder, während die beiden Entitäten genannten Teilrepubliken eine sehr große Machtfülle erhielten. Die Föderation von Bosnien und Herzegowina erstreckt sich über 51% des Staatsgebiets, die Republika Srpska über die restlichen 49%. Das Dayton-Abkommen gab der Bundesebene eine neue Verfassung, die mit äußerst komplexen Institutionen eine Machtteilung von Bosniaken, Serben und Kroaten gewährleisten soll.

Die Zuspitzung im September 2009

Im Herbst 2009, 14 Jahre nach Ende des Krieges, hört man Stimmen, die vom Zerfall von Bosnien und Herzegowina sprechen, andere malen sogar die Gefahr eines neuen Krieges an die Wand. Was war geschehen?

Regierung und Parlament waren nur selten zusammengekommen und hatten noch seltener wichtige Fragen entschieden. Allerdings zählt das in Bosnien und Herzegowina zum Normalzustand und begründet keineswegs die Rede von einer gefährlichen Krise. Doch selbst in diesem Land gilt es als ungewöhnlich, wenn über mehrere Monate hinweg Posten im Ministerrat, der Regierung des Landes, unbesetzt bleiben. Die ohnehin angespannte Lage verschärfte Dodik mit der Provokation, zwei verheerende Granatangriffe auf Tuzla und Sarajewo während des Krieges seien Inszenierungen der Bosniaken gewesen. Zudem drohte seine Partei, der Bund Unabhängiger Sozialdemokraten (SNSD), Regierung und Parlament von Bosnien und Herzegowina zu verlassen. Da die Verfassung vorschreibt, dass Bosniaken, Serben und Kroaten gemeinsam entscheiden, wären die genannten Institutionen bei einem solchen Boykott handlungsunfähig. Für diesen Fall fürchten die Bosniaken, dass die ohnehin mit geringen Kompetenzen ausgestattete Bundesebene des gemeinsamen Staates faktisch nicht mehr existieren würde.

Die Boykottandrohung der Serben ließ aufhorchen, da sie auf einen vermeintlich geringen Anlass folgte. Sie war eine Reaktion auf einige Erlasse des Hohen Repräsentanten, die gegen den Willen der serbischen Vertreter das Funktionieren des landesweiten Energieversorgungssystems gewährleisten sollten. Aufgrund der Politik der Serben sahen sich viele Bosniaken im Verdacht bestätigt, dass die Republika Srpska die Basis für ihre Abspaltung von Bosnien und Herzegowina schaffen wollte. Es schien diesen Verdacht noch zu stärken, als serbische Vertreter im Falle weiterer Eingriffe des Hohen Repräsentanten mit einem Referendum über die Unabhängigkeit der Republika Srpska drohten. Amir Zukić, Generalsekretär der größten bosniakischen Partei, der Partei der Demokratischen Aktion (SDA), antwortete auf die Frage nach den Folgen eines solchen Referendums: „Krieg. Wir können uns nicht damit abfinden, dass ein Teil von Bosnien und Herzegowina verschwindet.“⁴ In Umfragen meinten 40% der Bosniaken, eine Sezession der Republika Srpska solle mit allen Mitteln verhindert werden, auch mit Krieg.⁵

Angesichts dieser Aussagen beunruhigt es umso mehr, dass Bosnien und Herzegowina tatsächlich einige Parallelen zu Jugoslawien vor den Zerfallskriegen aufweist:

- ◆ Damals wie heute legten die Entscheidungsträger die Bundesinstitutionen weitgehend lahm und stritten sich vor allem darum, ob die verschiedenen Ethnien in einem gemeinsamen Staat leben sollten.
- ◆ Nach dem Vorbild der jugoslawischen Teilrepubliken bietet die Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina eine institutionelle Grundlage für eine spätere Sezession. Hatten damals Slowenien und Kroatien der Teilrepublik Bosnien und Herzegowina den Weg zur Abspaltung von Jugoslawien gewiesen, kann heute die Unabhängigkeit des Kosovos als Modell für die Loslösung der Republika Srpska dienen.
- ◆ In Jugoslawien war erst die Wirtschaft, dann der Staat zusammengebrochen. Heute vertieft die weltweite Wirtschaftskrise die ohnehin großen ökonomischen Probleme in Bosnien und Herzegowina.
- ◆ In weiten Teilen Jugoslawiens schauten viele Ethnien auf eine Vergangenheit der Kämpfe und des gegenseitigen Tötens. Sicherheitsängste, Feindbilder und Rachegefühle leisteten einen Beitrag zum blutigen Auseinanderbrechen Jugoslawiens. Auch im heutigen Bosnien und Herzegowina ist die Kriegsvergangenheit 14 Jahre nach dem Friedensschluss längst nicht vergangen.

Die Kriegsgeschichte wiederholt sich nicht

Doch trotz der skizzierten Parallelen zum Zerfall Jugoslawiens scheint ein erneuter Krieg in Bosnien und Herzegowina nach dem Muster des letzten unwahrscheinlich, und zwar aus sechs Gründen:

Erstens fehlen für einen solchen Krieg die Soldaten und Waffen. Bei Kriegsende gab es 264 500 Soldaten der Föderation und 154 500 der Republika Srpska. Heute umfasst die Berufarmee von Bosnien und Herzegowina nur noch gut 8 500 Personen und untersteht der dreiköpfigen Staatspräsidentschaft. Unter internationaler Aufsicht wurden die Bestände an schweren Waffen stark reduziert, auch in Serbien (24 300 Soldaten) und Kroatien (18 600 Soldaten).⁶ Die Polizeikräfte in Bosnien und Herzegowina, früher zum Teil militärisch ausgestattet, wurden ebenfalls verkleinert und zudem auf Polizeiarbeit mit zivilen Mitteln getrimmt.

Zweitens halten die in Bosnien und Herzegowina engagierten Staaten und internationalen Organisationen eine Friedenstruppe mit 2 000 Soldaten im Land, die bei Bedarf wieder aufwachsen und sich zwischen die Konfliktparteien stellen könnte. Internationale Einigkeit, Entschlossenheit und Erfahrung bestehen in einem weit größeren Maß als vor dem Krieg.

Drittens wäre ein bosniakischer Angriff auf die Republika Srpska risikoreich. Dafür fehlte die internationale Unterstützung, von islamischen Staaten vielleicht abgesehen. Genauso wenig könnten die Bosniaken auf die Hilfe der Kroaten in Bosnien und Herzegowina vertrauen. Des Weiteren wären bosniakische Rückkehrer, die in der Republika Srpska leben, äußerst bedroht. Auch überwiegend von Bosniaken bewohnte Städte wie Gorazde, Tuzla, aber auch Sarajewo müssten mit großen Zerstörungen rechnen. Auf der anderen Seite besäßen die Serben geringere Erfolgsaussichten als im letzten Krieg. Damals verfügten sie dank der Bestände der Jugoslawischen Volksarmee über weit mehr schwere Waffen als die Bosniaken und Kroaten. Dieser Vorteil besteht nicht mehr. Zudem ist das Territorium der Republika Srpska sehr exponiert, verbindet doch nur ein schmaler Korridor die Osthälfte der Entität mit ihrer Nordwesthälfte, in der auch das politische und ökonomische Zentrum liegt.

Viertens besitzen, anders als vor 18 Jahren, die heutigen Staaten Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien eine vielversprechende Perspektive, die sie durch einen erneuten Krieg verspielen würden. Die Europäische Union (EU) hat allen drei Ländern den Beitritt in Aussicht gestellt, den diese auch vollziehen möchten. In Bosnien und Herzegowina unterstützen alle drei großen Ethnien einen EU-Beitritt. Schon der Wunsch nach Mitgliedschaft in der Europäischen Union macht es derzeit unwahrscheinlich, dass Serbien und Kroatien eine extrem destruktive Rolle in Bosnien und Herzegowina spielen. Kroatien gehört der NATO an und bekennt sich zum Erhalt von Bosnien und Herzegowina. Auch der Präsident Serbiens, Boris Tadić, hat sich wiederholt für die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina ausgesprochen. Zusätzlich stabilisieren die wachsenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kroatien die Region.

Zündeln und

Ich glaube nicht, dass Bosnien und Herzegowina in zehn Jahren noch existieren wird.⁸

Bosnien und Herzegowina ist ein virtueller Staat, der dank der internationalen Gemeinschaft weiterexistiert, die ihn geschaffen hat.⁹

Milorad Dodik, Ministerpräsident der Republika Srpska und Vorsitzender des Bundes Unabhängiger Sozialdemokraten (SNSD).

Brandstiften

Wir sind Zeugen, dass Milošević tot ist, Karadžić verhaftet, aber ihr Projekt in Bosnien und Herzegowina leider auch weiterhin lebt.¹⁰

Es ist ein schwerer Fehler, das Resultat Daytons als legal und legitim anzuerkennen.¹¹

Haris Silajdžić, bosniakisches Mitglied der Präsidentschaft, Vorsitzender der Partei für Bosnien und Herzegowina (SBiH).

Fünftens herrschen politische und wirtschaftliche Eliten, die während oder nach dem Krieg Reichtum anhäuferten. Sie sehen diese Besitzstände durch einen neuen Krieg gefährdet.

Sechstens finden alle Konfliktparteien in Bosnien und Herzegowina Gefallen am Eindruck einer schweren Krise. Die größten bosniakischen Parteien brauchen das Bild der Krise, damit die Friedensmissionen von einem Abzug absehen. Sie kalkulieren, sich mit deren Hilfe gegen die serbischen Parteien durchsetzen und die Republika Srpska schwächen oder abschaffen zu können. Kenner der Republika Srpska meinen, dass es sich auf serbischer Seite um eine Inszenierung handle, die Sanktionen gegen diese Entität abschrecken solle. Die führenden kroatischen Parteien versprechen sich von der Krise mehr Aufmerksamkeit für ihre Klagen über eine Dominanz der Bosniaken in der Föderation, die eine föderale Neuordnung erfordere. Auch die Medien unterstützen und verstärken die Rede von der Krise, weil sie sich davon mehr Leser oder Zuschauer erhoffen.

Destabilisierung seit 2006

Es wäre aber ein Fehler, die derzeitige Zuspitzung als reine Rhetorik abzutun. Tatsächlich handelt es sich um die gefährlichste Entwicklung seit 2001, als kroatische Ethno-Nationalisten Regierungen und Parlamente boykottierten, illegale Institutionen einer „Kroatischen Selbstverwaltung“ errichteten und kroatische Polizisten und Soldaten zum Verlassen ihrer Posten in der Föderation aufriefen.

Die besorgniserregenden Entwicklungen lassen sich nicht auf die aktuelle Zuspitzung reduzieren, denn diese bettet sich in einen schon länger bestehenden Trend der Destabilisierung ein.⁷ Der Konflikt um den Bestand und die Struktur eines gemeinsamen Staates dominierte zwar die gesamte Nachkriegszeit, hatte aber bis 2005 deutlich an Schärfe verloren. Damals bescheinigten bosniakische Politiker den wichtigsten serbischen Parteien, Bosnien und Herzegowina als ihren Staat anzunehmen. Seit dem Frühjahr 2006 jedoch steht Bosnien und Herzegowina als gemeinsamer Staat der Bosniaken, Serben und Kroaten wieder stärker in Frage.



Der Avaz Twist Tower in Sarajevo überragt alles. Eigentümer Radončić will hoch hinaus. Foto: Damir Hajrić

Die größten bosniakischen Parteien unterstützen zwar den gemeinsamen Staat, lehnen aber seine derzeitige Struktur ab. Sie sehen die Republika Srpska als Produkt von Völkermord und Vertreibung und fordern im Allgemeinen vehementer als zuvor, diese Entität abzuschaffen. Sie wollen die Bundesinstitutionen deutlich stärken, die Entitäten auflösen und das Land in fünf nicht-ethnisch definierte Regionen organisieren.

Die Regierung der Republika Srpska unter Ministerpräsident Milorad Dodik brachte wiederholt ein Referendum über die Unabhängigkeit ins Spiel, zunächst noch als Antwort auf die bosniakischen Forderungen, diese Entität aus der Welt zu schaffen, später auch als Drohung für den Fall seiner Amtsenthebung durch den Hohen Repräsentanten. Zudem forderte Dodik, die Bundesverfassung solle den Entitäten das Recht einräumen, per Referendum über ihren Status zu entscheiden. Bosniakische Politiker und Meinungsmacher werfen ihm vor, die Bundesinstitutionen systematisch zu blockieren, um zu demonstrieren, dass der gemeinsame Staat Bosnien und Herzegowina nicht funktionieren könne. Darüber hinaus versuche Dodik, Stück für Stück die materielle Grundlage für eine Sezession zu schaffen. Selbst bosniakische Medien, die sich nicht als ethnisch borniert wahrnehmen, behaupten immer wieder Parallelen zwischen Dodik auf der einen Seite und Slobodan Milošević und Radovan Karadžić, den serbischen Protagonisten des letzten Krieges, auf der anderen.

Die wichtigsten kroatischen Parteien behielten ihre Positionen bei. Sie empfinden es als unfair, dass es für die drei von der Verfassung als konstitutiv bezeichneten Völker, also Bosniaken, Serben und Kroaten, nur zwei Entitäten gibt. Während die Serben durch die Republika Srpska Autonomie besäßen, litten die Kroaten in der Föderation unter der Dominanz der Bosniaken.

Ursachen der negativen Entwicklung

Anfang 2006 nutzten einige Parteien die Gespräche über eine Verfassungsreform, um sich für die Wahl im Herbst desselben Jahres zu profilieren. So begründete Haris Silajdžić von der Partei für Bosnien und Herzegowina (SBiH) seinen Wiedereinstieg in die Politik damit, die geplanten Verfassungsreformen legalisierten die Ergebnisse von Völkermord und Vertreibung. Dieser scharfe Ton begründete für den langen Wahlkampf einen Trend destruktiver Rhetorik, bei dem die Aussage eines Politikers harsche Reaktionen der anderen provozierte. Silajdžić auf bosniakischer und Dodik auf serbischer Seite waren die Protagonisten dieser Eskalation der Worte. Da die Wahlen ihren Parteien große Zugewinne und einen deutlichen Machtzuwachs bescherten, sahen sich diese Politiker in ihrem ethno-nationalistischen Kurs bestätigt. Auch äußere Ereignisse gossen immer wieder Öl ins Feuer der Debatte um den gemeinsamen Staat. So wertete im Februar 2007 der Internationale Gerichtshof das Massaker in Srebrenica im Juli 1995 als Akt des Völkermords. Die größten bosniakischen Parteien leiteten daraus ab, die Republika Srpska dürfe nicht bestehen bleiben. Ein Jahr später sahen die serbischen Parteien nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovos neue Hoffnung für ihr Ansinnen einer Sezession der Republika Srpska.

Viele Beobachter machen auch die größere Zurückhaltung des Hohen Repräsentanten für den negativen Trend verantwortlich. Das Dayton-Abkommen hatte das Büro des Hohen Repräsentanten eingesetzt, um die nicht-militärischen Bemühungen um einen stabilen Frieden zu koordinieren. Der Hohe Repräsentant sollte dabei nicht die Vereinten Nationen, sondern die an Bosnien und Herzegowina interessierten Staaten und internationalen Organisationen vertreten. Die-

se erweiterten Ende 1997 dessen Befugnisse. Fortan durfte der Hohe Repräsentant Politiker und Beamte absetzen, die seiner Ansicht nach gegen das Friedensabkommen verstoßen. Des Weiteren konnte er Entscheidungen der Parlamente und Regierungen für nichtig erklären, Gesetze ändern oder selbst verfügen. Bis November 2009 nahm der Hohe Repräsentant fast 200 Entlassungen vor und nutzte seine Vollmachten in gut 890 Fällen. Ab 2005 griff er immer weniger ein; 2006 stellte er in Aussicht, sein Büro bald zu schließen. Später sollten die bosnisch-herzegowinischen Politiker sieben Forderungen erfüllen, um das Ende des OHR herbeizuführen. Kritiker sehen in der passiveren Rolle des Hohen Repräsentanten eine zentrale Ursache für die unerfreuliche Entwicklung.

In einer anderen Sichtweise hingegen haben nicht zuletzt die Eingriffe des Hohen Repräsentanten zu Zuspitzungen beigetragen, so im Herbst 2007, aber auch in der jüngsten Krise. Die Präsenz des OHR lässt die bosniakischen Politiker im Glauben, sich dem konstitutionellen Muss des Konsenses entziehen und mit Hilfe externer Mächte gegen den Widerstand der Serben das Land zentralisieren zu können. Solange die internationalen Friedensmissionen in Bosnien und Herzegowina bleiben, müssen sich die serbischen Parteien nicht darüber sorgen, wie die bosniakische Seite auf die Sezessionsdrohungen reagiert. Die Konfliktparteien neigen auch deshalb zur radikalen Rhetorik, weil sie darauf vertrauen, dass die internationale Präsenz die schlimmsten Folgen einer Eskalation der Worte verhindert.

Folgen der Destabilisierung

Die skizzierte Grundsatzkontroverse über den Fortbestand von Bosnien und Herzegowina legte sich auf nahezu sämtliche Debatten, führte ab 2006 zu einem noch schlechteren Funktionieren der Institutionen, verzögerte die Annäherung an die Europäische Union und nährte eine Krise, die im Herbst 2007 alte Ängste verschärfte und neue entstehen ließ. Die Unterzeichnung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU im Juni 2008 und die politischen Sommerferien verschafften bestenfalls Atempausen, konnten den Trend aber nicht umkehren. Die neuerliche Zuspitzung im Herbst 2009 begann daher nicht

auf einen Nullpunkt politischer Spannungen, sondern addierte sich auf die längerfristige Verschlechterung. Die aktuelle Krise schütet Wasser auf ein ohnehin gut gefülltes Fass. Sollte mit ihr dieses Fass noch nicht überlaufen, vergrößert sie die Gefahr, dass dies bei der nächsten Krise geschieht, und die nächsten Krisen kommen bestimmt.

Im Folgenden beschreibe ich zunächst einige gesellschaftliche Tendenzen, die unabhängig von der aktuellen Zuspitzung den Staat Bosnien und Herzegowina untergraben und so weitere Krisen provozieren. Danach geht es um Gefahrenpunkte in der nahen Zukunft, die neuerliche Zuspitzungen wahrscheinlich machen. Darauf folgt eine Skizze der Gewaltpotenziale. All dies führt zu der Diagnose, dass in Bosnien und Herzegowina die Gefahr eines größeren Ausbruchs politisch motivierter Gewalt erheblich steigt. Wahrscheinlich ist dabei weniger ein Krieg nach dem Muster des letzten, mehr aber Gewalt wie im Nordirland der 1970er Jahre.

Zentrifugale gesellschaftliche Kräfte

Die Gesellschaft in Bosnien und Herzegowina ist eine tief nach ethnischer Zugehörigkeit gesplante Gesellschaft. Einiges spricht dafür, dass die ethnisch definierten Segmente weiter auseinanderdriften und damit den Konflikt um den gemeinsamen Staat mit neuer Energie versorgen. Mindestens drei Tendenzen spielen eine destruktive Rolle:

1. Die meisten maßgeblichen Medien berichten überwiegend aus der Sicht nur einer Ethnie und versäumen es, einen als gemeinsam empfundenen Kommunikationsraum herzustellen. Zu denken gibt, dass sich mittlerweile auch einst kritische oder gemäßigte Medien immer mehr in den Dienst einer einzigen Ethnie stellen. Auch viele Politiker, Aktivisten oder Meinungsmacher, die früher anti-nationalistisch eingestellt oder moderat aufgetreten waren, sehen sich heute mehr und mehr als Anwalt nur ihres Volkes oder geben sich der politischen Apathie hin.

2. Die Islamische Gemeinschaft, die serbisch-orthodoxe und die römisch-katholische Kirche, mischen sich gerne in die Politik ein und polarisieren zwischen den Ethnien. Fast alle Muslime sind Bosniaken, fast alle Orthodoxe Serben und fast alle Katholiken Kroaten. Die Religionsgemein-

Zum Weiterlesen

Florian Bieber, Post-War Bosnia. Ethnicity, Inequality and Public Sector Governance, London (Palgrave Macmillan) 2006.

Berit Bliesemann de Guevara, Staatlichkeit in Zeiten des Statebuilding. Intervention und Herrschaft in Bosnien und Herzegowina, Frankfurt/M (Peter Lang) 2009.

Marie-Janine Calic, Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina, erweiterte Neuauflage, Frankfurt/M (Suhrkamp) 1996.

Thorsten Gromes, Demokratisierung nach Bürgerkriegen. Das Beispiel Bosnien und Herzegowina, Frankfurt/M (Campus) 2007.

Thorsten Gromes, The Prospect of European Integration and Conflict Transformation in Bosnia and Herzegovina, in: Journal of European Integration, 31. Jg., H. 4, 2009, S. 431-447.

schaften hoffen, dass die Menschen ethnische Differenz als sehr relevant für Privatleben und Politik erleben und sich daher zur Religion ihrer Ethnie hinwenden.

3. Bosnien und Herzegowina steht nicht nur unter dem Fluch der Vergangenheit, sondern auch unter einem Fluch der Zukunft. Denn seit Beginn der 1990er Jahre durchlaufen Kinder und Jugendliche ein vom Ethno-Nationalismus vergiftetes Bildungssystem. Da die meisten Orte weitgehend nur noch von einer Ethnie bewohnt werden und sich die Mobilität zumeist freiwillig auf Gebiete der eigenen Ethnie beschränkt, kommen viele junge Leute in keinen Kontakt mit Angehörigen anderer Ethnien. Dadurch mangelt es an Gelegenheiten, Vorurteile und Feindbilder abzubauen. Je mehr diese neuen Generationen Schlüsselpositionen in Politik, Medien, Bildung und Wirtschaft übernehmen, desto stärker werden die zentrifugalen Kräfte in Bosnien und Herzegowina.

Nahe Anlässe für neuerliche Zuspitzungen

Bislang zeigten sich Wahlkämpfe als Feinde des Ausgleichs zwischen den Ethnien. Es begann nicht zufällig vor den Wahlen 2006, dass die Konfliktparteien eine wieder geringere Akzeptanz des gemeinsamen Staates an den Tag legten. Im Herbst 2010 wählen die Bürger erneut die Regierungen und Parlamente der Bundesebene und der Entitäten.

Für diese Wahlen kündigte eine neue bosniakische Partei ihre Teilnahme an. Fahrudin Radončić, Eigentümer der auflagenstärksten Tageszeitung *Dnevni avaz*, berief sich auf das Vorbild Berlusconi, als er die Gründung einer Partei bekannt gab, die mittlerweile als „Bund für eine bessere Zukunft“ (SBBBiH) auftritt. Schon jetzt wirbt *Dnevni avaz*, in der Vergangenheit Königsmacher im bosniakischen Lager, massiv für diese neue Formation. Selbst wenn Radončić mit seiner Partei nicht dem oftmals sehr scharfen und stets stramm bosniakischen Ton seiner Zeitung folgen sollte, scheint dennoch eine Radikalisierung innerhalb des bosniakischen Lagers wahrscheinlich. Denn die anderen bosniakischen Parteien könnten versuchen, sich durch radikale Rhetorik vom medial sehr präsenten „Bund für eine bessere Zukunft“ abzusetzen. Auch



Die Republik Srpska (hell unterlegt) ist vorwiegend von Serben bewohnt, die Föderation von Bosnien und Herzegowina (etwas dunkler) von Bosniaken und Kroaten.

www.lib.utexas.edu/maps/bosnia/bosnia_herz_pol97.pdf (27.11.09)
Courtesy of the University of Texas Libraries, The University of Texas at Austin

fällt Folgendes ins Gewicht: Sulejman Tihić, Vorsitzender der SDA, bewies bei einigen Gelegenheiten eine vergleichsweise gemäßigte Haltung und auf Ausgleich bedachte Rhetorik. Wie die Spannungen nach 2006 und die aktuelle Krise zeigen, kann er aber keine Erfolge mit dieser Politik vorweisen. Dies vermag, radikalen Ansätzen Auftrieb zu geben.

Die Wirtschaftskrise vertieft die Armut und Perspektivlosigkeit vieler Menschen in Bosnien und Herzegowina. Eine Ursache dafür liegt darin, dass die Überweisungen von ausgewanderten oder geflohenen Bosniern und Herzegowinern an Freunde und Verwandte im Land deutlich zurückgehen dürften. Ökonomische Fragen werden in Bosnien und Herzegowina zumeist unter ethnischen Vorzeichen diskutiert. Die Wirtschaftskrise verschärft daher die Verteilungskonflikte zwischen den Ethnien.

Gewaltpotenziale

Wie beschrieben, mussten die Konfliktparteien in Bosnien und Herzegowina drastisch abrüsten. Allerdings sind Hunderttausende Menschen im Gebrauch von Waffen geübt. 2004 besaß fast jeder fünfte Haushalt Kleinwaffen, und fast 500 000 solcher Waffen befanden sich im illegalen Besitz. Zudem darf man der organisierten Kriminalität unterstellen, dass sie auf den weltweiten Waffenmärkten weitere Bestände beschaffen könnte. Es gibt die Mittel für einen bewaff-

neten Konflikt, auch wenn dieser nicht an die Intensität des letzten Krieges heranreichen kann. Diese materiellen Gewaltpotenziale bestanden freilich schon vor fünf Jahren und davor noch im größeren Ausmaß, ohne dass sich eine gewaltsame Eskalation ereignet hätte. Die Waffenbestände allein begründen noch keine Warnung vor neuer politisch motivierter Gewalt.

Über den Frieden entscheidet, wie viele Menschen bereit sind, Waffengewalt einzusetzen. Wie skizziert, besitzen große Teile der derzeitigen politischen Elite aus wirtschaftlichen Kalkülen kaum Interesse an einem neuen Krieg. Allerdings gilt es zu bedenken, dass gerade solche Kreise über die Mittel verfügen, ihre Familien und ihr Geld ins sichere Ausland zu bringen. Insgesamt scheint es aber plausibler, die potenziellen Initiatoren und Träger von Gewalt außerhalb der politischen Führung zu suchen. Die jüngste bosnisch-herzegowinische Vergangenheit erzählt viele Geschichten von Menschen, die ihren Aufstieg als „Gewaltunternehmer“ betrieben haben. Kristallisationspunkte für sich neu formierende bewaffnete Gruppen könnten Formationen wie die serbische Tschetnik-Bewegung, radikal-islamistische Strukturen oder Kreise innerhalb von Veteranenvereinigungen bilden. Auch private Sicherheitsfirmen zählen zu den potenziellen Organisatoren bewaffneter Gruppen.

Aller Erfahrung nach lassen sich gerade junge, ungebundene Männer für Gewaltgruppen gewinnen. Bosnien und Herzegowina stellt zahlreiche mögliche Rekruten bereit, da junge Menschen weit überdurchschnittlich arbeitslos sind und keine Aussicht sehen, ein eigenständiges Leben zu führen und eine Familie zu gründen. Wie schon beim Zerfall Jugoslawiens, zählen auch Fußballhooligans zur Zielgruppe von Gewaltinitiatoren. In den letzten Jahren gaben vor allem Fußballländerspiele Anlass zu kollektiver inter-ethnischer Gewalt.

Gewaltunternehmer können auf verschiedenen Kanälen dieses Gewaltpotenzial aktivieren und zum Beispiel empfundene Ungerechtigkeit ausnutzen. Bosniaken lassen sich darüber rekrutieren, dass sie mit der Republika Srpska ein Resultat von Völkermord und Vertreibung aus der Welt schaffen würden. Sie könnten ihrem Volk den Sieg bringen, der ihm im letzten Krieg erst durch das internationale Waffenembar-

go und dann durch auferlegten Friedensschluss versagt blieb. Junge Serben lassen sich mit dem Argument für den Kampf gewinnen, dass die Serben nur das gleiche Recht für sich beanspruchen, das den Bosniaken und Kroaten zugestanden worden war. Wenn sich diese im Namen der Selbstbestimmung von Jugoslawien lösen durften, wieso soll es den Serben verboten bleiben, sich von Bosnien und Herzegowina abzuspalten? Gewaltunternehmer können des Weiteren behaupten, die politische Arbeit in den Regierungen und Parlamenten habe sich als erfolglos erwiesen, und ein Ende mit Schrecken sei besser als ein Schrecken ohne Ende. Gewaltinitiatoren können zudem Rachegeilüste mobilisieren oder die Aussicht auf Bereicherung versprechen.

Neue bewaffnete Gewalt geht wahrscheinlich nicht von den politischen Eliten, sondern von radikalen Zirkeln innerhalb der einzelnen Ethnien aus. Das ergibt folgendes Szenario: Kleine Gruppen verüben Anschläge auf Polizisten, Politiker, Geistliche, Geschäftsleute oder Rückkehrer der anderen Ethnien. Auch angebliche Verräter der eigenen Ethnie fallen dieser terroristischen Gewalt zum Opfer. Zum Schauplatz dieser Verbrechen werden strategisch wichtige Städte wie Brčko, Doboj oder Zvornik, hot spots der Nachkriegszeit wie Mostar oder Stolac oder Orte von Verbrechen im letzten Krieg wie Srebrenica oder die Region um Prijedor. Jeder Anschlag provoziert Rache in Form eines weiteren Anschlags, und je länger ein solcher bewaffneter Kampf andauert, desto mehr Segmente der Gesellschaft wird die Gewaltspirale erfassen. Das schafft ein Klima der Bedrohung, auch wenn sich diese Spirale wahrscheinlich nicht so weit drehen wird, dass sich der Krieg von 1992 bis 1995 wiederholt.

Den meisten bosnisch-herzegowinischen Politikern fehlt das Bewusstsein dafür, dass vor dem Hintergrund der permanenten Spannungen der letzten dreieinhalb Jahre mit jeder Zuspitzung, mit jeder Provokation ein solch düsteres Szenario wahrscheinlicher wird. Mit jeder radikalen Forderung provozieren sie die andere Seite und enttäuschen zugleich die eigenen Anhänger, die vergeblich auf die umgehende Realisierung dieser Forderung warten. Es sollte den Politikern zu denken geben, dass 2001 die inter-ethnischen Spannungen in Makedonien deutlich geringer waren als derzeit in

Bosnien und Herzegowina und es dennoch zum Ausbruch bewaffneter Gewalt kam.

Empfehlungen für die internationale Politik

Was sollen an Bosnien und Herzegowina interessierte Staaten und internationale Organisationen tun, um die Situation zu entspannen und eine Eskalation zu verhindern?

Um ein klares Signal gegen die Destabilisierung zu senden, sollte die von der Europäischen Union geführte Friedenstruppe EUFOR in jedem Fall im Land bleiben, am besten in größerer Truppenstärke.

Egal ob man die größere Zurückhaltung des Hohen Repräsentanten oder vielmehr das Andauern seiner Präsenz als Problem sieht, sein Büro sollte keinesfalls geschlossen werden, bevor es zu einer merklichen Entspannung kommt, die weit über die Beilegung der aktuellen Krise hinausgeht. Andernfalls sähen sich die Protagonisten der Zuspitzung belohnt und zu weiteren solcher Schritte ermutigt. Zudem verlören die in Bosnien und Herzegowina engagierten Staaten und internationale Organisationen ihre Glaubwürdigkeit, haben sie doch das Ende des OHR von einer als positiv eingeschätzten Lage abhängig gemacht. Diese Anforderung sollten sie aber keinesfalls als Ewigkeitsklausel missbrauchen. Alle Seiten in Bosnien und Herzegowina müssen wissen, dass sie mit internationaler Hilfe nicht den von der Verfassung vorgesehenen Zwang zum inter-ethnischen Konsens umgehen können.

Für die Beilegung bisheriger Krisen erwies es sich als entscheidend, dass die Konfliktparteien nicht alle Wege des Gesprächs versperrt hatten. Bei der aktuellen Zuspitzung bemühten sich die Europäische Union und die USA darum, den Dialog zwischen den Kontrahenten nicht abreißen zu lassen. Eine solche konstruktive Rolle scheint auch weiterhin erforderlich. Allerdings sollten EU und USA zumindest bis zu den nächsten Wahlen davon ablassen, eine umfassende Verfassungsreform zu fordern. Die derzeitige Verfassung weist große Probleme auf, aber sie ist mehr Folge und Ausdruck des Konflikts um den gemeinsamen Staat, weniger dessen Ursache. Jede Diskussion um eine weitgehende Verfassungsreform wirft immer wieder die Grundsatzfrage auf, ob es einen gemeinsamen Staat der Bosniaken, Ser-

Anmerkungen

- 1 OHR, Der Spiegel, Interview with Valentin Inzko: "Arrows into the soul", 12.10.2009, http://www.ohr.int/print/?content_id=44042.
- 2 Patrice C. McMahon/Jon Western, The Death of Dayton. How to Stop Bosnia from Falling Apart, in: Foreign Affairs, 88. Jg., H. 5, 2009, S. 69-83.
- 3 Dnevni avaz, 20.9.2008.
- 4 Interview mit dem Verfasser am 24.10.2008 in Sarajewo.
- 5 Dani, 28.3.2008.
- 6 IISS, The Military Balance 2009, London (Routledge) 2009, S. 170-172, S. 182f.
- 7 S. dazu: Thorsten Gromes, Gemeinsame Demokratie, geteilte Gesellschaft. Die Un-Möglichkeit einer Friedensstrategie in Bosnien und Herzegowina, HSFK-Report 9/2008, Frankfurt/M 2008, S. 21-24.
- 8 Dnevni avaz, 17.12.2007.
- 9 Dnevni avaz, 9.10.2009.
- 10 Nezavisne novine, 22.7.2008.
- 11 Nezavisne novine, 24.9.2008.

ben und Kroaten überhaupt geben und welche Struktur er besitzen soll. Sie reaktiviert immer wieder die zentrale Konfliktlinie des Krieges und erlaubt es den politischen Akteuren, sich mit radikalen Positionen zu profilieren. Die internationale Politik darf nicht übersehen, dass am Anfang der mehr als drei Jahre dauernden Destabilisierung eine gescheiterte Verfassungsreform stand. Wie damals, sieht auch nun Bosnien und Herzegowina wieder Wahlen entgegen.

Die Aussicht auf Beitritt zur Europäischen Union bleibt das geeignetste Mittel, den Konflikt um den Staat Bosnien und Herzegowina zu relativieren und damit zu entspannen. Die Integration ist die einzige Zukunftsvision, die alle Ethnien teilen. Allerdings hat die EU den Fehler begangen, ihre Bedingungen für eine weitere Annäherung zu nah entlang der Interessen der Bosniaken zu formulieren. Das geschah etwa beim Versuch einer Polizeireform mit der Absicht, die Bundesinstitutionen auf Kosten der Entitäten zu stärken. Die EU sollte diesen Fehler eingestehen und deutlich machen, dass der Integrationsprozess keine Chance bietet, den vergangenen Krieg im Frieden doch noch zu gewinnen. Bleibt der Beitritt zur Europäischen Union auf Dauer blockiert, droht Bosnien und Herzegowina der Zerfall.

Angesichts des chronischen Konflikts um Bosnien und Herzegowina mag es manchem vielleicht verlockend erscheinen, diesen Staat zu teilen. Keine der drei Ethnien akzeptiert Bosnien und Herzegowina so, wie es ist. Die Bosniaken und Kroaten unterstützen zwar den gemeinsamen Staat, wollen ihn aber jeweils anders strukturieren. Die serbischen

Parteien und die meisten serbischen Bürger stehen Bosnien und Herzegowina distanziert, wenn nicht ablehnend gegenüber. Für eine Teilung scheint zudem zu sprechen, dass die Horrorszenerarien zu den Folgen eines unabhängigen Kosovos bislang nicht eingetreten sind. Doch zeugt dort die anhaltende internationale Präsenz keineswegs von Stabilität. Wichtiger ist aber Folgendes: Militärisch hatte keine Seite den Krieg um Bosnien und Herzegowina für sich entscheiden können. Das Dayton-Abkommen beschränkt daher den Mittelweg zwischen der Teilung und der Zentralisierung des Landes. Sollte sich die internationale Politik nun für eine Teilung entscheiden, erklärte sie damit ihre Mühen der letzten 17 Jahre für gescheitert. Sie würde vor dem serbischen Ethno-Nationalismus zu einer Zeit kapitulieren, in der sich Radovan Karadžić vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das frühere Jugoslawien verantworten muss. Im Falle einer Teilung

würde die serbische Seite den Krieg (jedenfalls zunächst) nachträglich gewinnen. Die Sezession müsste gegen den Widerstand der Bosniaken durchgesetzt werden, die mittlerweile mehr als die Hälfte der Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina stellen. Ein Großteil der Bosniaken sieht eine Abspaltung der Republika Srpska als Kriegsgrund. Daher erscheint eine Teilung von Bosnien und Herzegowina nicht als Schritt zu mehr Stabilität, sondern als Rezept für neue Gewalt.



Dr. Thorsten Gromes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der HSKF. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte ist die Friedenskonsolidierung in Bosnien und Herzegowina.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSKF, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 45 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Private Akteure und Just Peace Governance im transnationalen Raum“ sowie zu „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Information, Beratung und Vermittlung“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“, der Arbeitsbereich Friedenspädagogik sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zählen.

Die Arbeit der HSKF ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der der HSKF, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSKF · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332